

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 1.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Zeit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 54

Mittwoch, den 24. Dezember 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die westlichen Industriestädte ohne Kohlen. Aus Dortmund wird berichtet: Die Kohlenversorgung der beiden Elektrizitätswerke in Dortmund (das Westfälische Verbands-Elektrizitätswerk und das Städtische Elektrizitätswerk), welche den ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit Strom versorgen, soweit die Werke nicht selbst welchen produzieren, ist außerordentlich schlecht. Vom 24. bis einschließlich 29. Dezember kann an die Industrie überhaupt kein Strom abgegeben werden.

Die Kohlenversorgung Düsseldorf ist nach wie vor schlecht. Die Städtische Gasanstalt kann nur in ganz geringem Maße Gas abgeben. In der Industrie mußten Feierschichten eingelegt werden. Duisburg ist für einige Tage noch mit Kohlen eingedeckt, jedoch fürchtete man für die nächste Zeit, durch die allgemeine Kohlenkrise stark in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Die großen Werke haben beschlossen, zwischen Weihnachten und Neujahr ihre Betriebe stillzulegen, um auf diese Art und Weise Kohle zu sparen.

Wilhelms Angst vor Bismarck. Konrad Haasmann reit im Berliner Tageblatt mit, der Cottasche Verlag hätte mit Wilhelm II. einen Privatvergleich geschlossen, nach dem das Erscheinen des dritten Bandes der Bismarck-Erinnerungen vorläufig sistiert werden sollte. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung hierzu von unterrichteter Seite erfährt, ist die Nachricht in dieser Form nicht zutreffend. Ein Vergleich ist bisher nicht abgeschlossen worden. Allerdings schweben Verhandlungen, die aber, wie gesagt, ein abschließendes Ergebnis noch nicht gezeitigt haben.

Abfall von Hindenburg. Die Gemeindevorstellung von Hindenburg beschloß auf polnischen Antrag die Umbenennung des Ortes in den früheren Namen Zabrze. — So vergeht die Herrlichkeit der Welt.

Scheidemann dementiert. Das Kasseler Volksblatt enthält eine Erklärung des Abgeordneten Oberbürgermeisters Scheidemann, in der es heißt: Die Behauptung, daß ich eine Prämie auf die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ausgelegt hätte, kann nur dem Kopfe eines geistkranken Menschen entstammen.

Bau eines Scheldetunnels. Laut Nation Belgie hat der Minister für öffentliche Arbeiten Ansele sich entschlossen, den Plan eines Tunnels unter der Schelde, der die beiden Scheldeufer bei Antwerpen verbinden soll, ausarbeiten zu lassen.

Österreich unter Entente-Kontrolle? Der Telegraph erfährt aus Paris: Österreich unter eine Art internationalisierte Kontrolle stellen und die Durchführung des Friedensabkommens und der Unterstützungsarbeiten für Österreich als eine gemeinsame Aufgabe aller Alliierten betrachten müßten. Verschiedene andere Regierungen sind jedoch nicht dieser Ansicht und verlangen ein getrenntes Aufreten der Staaten.

Aufnahme der Kopenhagener Verhandlungen. Eine Kopenhagener Depesche besagt: Die Verhandlungen zwischen O'Grady und Litwinow wurden wieder aufgenommen. O'Grady wird aus privaten Gründen nach England abreisen, nach Weihnachten jedoch wieder hierher zurückkehren.

Wie die Frankfurter Zeitung hierzu bemerkt, wäre diese Aenderung der Lage in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Litwinow nicht verhehle, der Weg Sowjetrußlands werde nunmehr zu Deutschland führen. Unter dem Druck dieses Arguments hat England die Verhandlungen wieder aufgenommen, und zwar, wie es heißt unter weiterem, jedoch schwächerem Widerspruch Frankreichs. Die Vorgänge an sich sind recht geheimnisvoller Natur, zeigen jedoch auf das deutlichste, wie wenig sich die Westmächte Sowjetrußlands überlegen fühlen. Die Verhandlungsgrundlage der Russen ist durch die Wiederaufnahme der Verhandlungen gestärkt.

Berresfjew ermordet. Wie das führende Blatt der russischen Kommunisten, die Moskauer Prawda, berichtet, ist Anfang Oktober der berühmte russische Schriftsteller Berresfjew von Denikin'schen Weißgardisten ermordet worden.

Frankreich erhöht die Postgebühren. Der französische Ministerrat hat beschlossen, das Briefporto innerhalb Frankreichs von 15 auf 25 Centimes zu erhöhen. Das Jahresabonnement für Telephon kostet von nun ab 750 Frank. Die Wortgebühr für Telegramme im Inland wurde auf 10 Centimes erhöht, für Telegramme nach dem Ausland wird der Vorkriegstarif verdoppelt. Auch die Postanweisungen werden um die Hälfte erhöht.

Politische Prozesse in Belgien. Das Schwurgericht in Namur hat in bezug auf die anzuwendenden Angeklagten aus dem ehemaligen walonischen Ministerium folgendes Urteil gefällt: Damery 5 Jahre Gefängnis, Ledent 3 Jahre Gefängnis, Ramelot 3 Jahre Gefängnis, Meyers 5 Jahre Gefängnis, Figeys 2 Jahre Gefängnis, Vandeveldt 2 Jahre Gefängnis, Buet 15 Jahre Zwangsarbeit, Joseph Raikem 2 Jahre Gefängnis. Reunier und Albert Raikem wurden freigesprochen. Das Urteil über die abwesenden Angeklagten wird später gefällt.

Die Herausgeber der Blaamsche Nieuws wurden vom Strafgericht in Antwerpen zu je einem Jahr Gefängnis und 1000 Franks Geldstrafe verurteilt. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Kommunistische Wahlsiege. Nach einer Meldung der Agence Centrale haben bei den Gemeindevahlen in Bulgarien in sämtlichen größeren Städten die Kommunisten gesiegt. So wurden beispielsweise in Sofia nur 11 Nationalisten und Demokraten sowie 2 Anhänger der Partei Radoslawows gewählt, sonst durchweg Kommunisten.

Wintersonnenwende

Von E. Vogtherr.

Wenn noch die Kerzen nicht herabgebrannt
Schweigt euer Mund von Liebe und von Frieden!

Wir sollen wieder ein Weihnachtsfest feiern, uns gleichsam über das Alltägliche erheben und hängen doch allzusehr mit unfern Sorgen, Ningen und Kämpfen an den geistigen und materiellen Notwendigkeiten der wirklichen Erdenstolle und dem nüchternen Menschenleben. Was diesem Fest Inhalt und Ausdruck geben soll, Freude, Hoffnung, Friede, war zuvor vier Jahre lang von uns genommen und von dem Wahnsinns-wüten des Weltkrieges erschlagen worden. Da kamen die Revolutions-Weihnachten von 1918 und ließen wieder neue Hoffnungstrahlen und neue Zuversicht in unsere Häuser und Herzen ein. Eine wirkliche Sonnenwende sollte es geben und doch gab es nur den blendenden Schein kalten Nordlichts, der ging wie er kam, ohne Erleuchtung und schöpferische Wärme spenden zu können. An wirklichem Neulicht hätten alle teilhaben können, Jung und Alt, Bestehende und Bedürftige, — unter der trübten Täuschung müssen jetzt alle leiden. Es sollte und konnte alles überwunden werden, was uns aus alten Ketten, Eigennutz, Selbstsucht, Herrschertum, Ausbeutung, Gewalt, Vorrecht, Unterdrückung befreit. Und heute nach einem Jahre sehen wir, wie diese Hindernisse neuer Menschlichkeit sich wieder ebenso hoch vor uns türmen wie je zuvor. Ueber diese niederschmetternde Erkenntnis kann uns auch eine noch so gut gemeinte künstliche Festestimmung nicht hinwegtäuschen, denn nicht ein festlicher Kalendertag kann unser Inneres bestimmen und beherrschen, sondern nur die Art der uns umgebenden Verhältnisse.

Wie immer werden auch heuer die berufsmäßigen Festredner des christlichen Bürgerturns in gewohnter salbungsvoller Geschwätzigkeit dem geduldigen Volke einzureden versuchen, welche ethischen Werte es diesem „christlichen“ Feste entlocken kann. Dieses christliche „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ haben sie auch automatisch angestimmt, als die kriegerischen Massenmörder unter den Menschen aller Länder das grauigste Blutbad verübten, das die Geschichte je gesehen. Und wie immer haben sie sich auch hierbei hinter ihrem Herrgott verschanzt, in dessen Weltprogramm sie auch dieses „Wohlgefallen“ ebenso heuchlerisch einfügten, wie alles andere Elend, das den schuldigen Menschen allein zur Last fällt.

Werden so die Erwachsenen von dem Getue abgestoßen, mit dem ihnen falsche Gefühle erzeugt werden sollen, so wird auch die harmlose Kinderschar gerade jetzt zu keiner rechten Festfreude gelangen können. Im Proletariat ist ja auch das Geschick der Kinder, ihr eigenes und Familienleben allzusehr an materielle Bedingungen gebunden. Wir sehen ihre Zahl dezimiert von den verheerenden Folgen der Unterernährung. Die Lebenden müssen sich wie ihre Eltern mit all der Dürftigkeit abfinden, die auch an Festtagen nichts Ueberflüssiges oder gar Luxuriöses zuläßt. Und günstigsten Falls spüren Alt und Jung schon nach den wenigen Stunden harmloser Festfreude wieder den eisigen Hauch, den die Alltagsorge in ihre Hütte bläst. Die Arbeitsfront fordert ihre angeblichen Rechte. Wieder stehen sich Herren und Knechte, Ausbeuter und Ausgebeutete, die Verteidiger der alten „Ordnung“ und die Kämpfer um die Umgestaltung in alter Gegensätzlichkeit gegenüber. Davan haben die christlichen Gesänge und Reden über die sogenannte allgemeine „Gotteskindschaft“ nicht ein Titelchen ändern können, weder jetzt, noch in den Jahrtausenden zuvor. Der vom Christentum übernommene, viel ältere Messiasglaube, mußte eben ein bloßer Glaube bleiben, ohne Verwirklichung und Erfüllung. Der Menschheit Glück, Wohlgefallen, Frieden zu bringen, ist nun einmal einem Einzelmenschen nicht gegeben. Nicht Können und Wollen des Einzelnen und nicht Böswilligkeit der anderen sind Mittel und Hindernis des Menschenglücks — sondern alle Menschenkraft muß sich vereinen, die materiellen und damit die geistigen Voraussetzungen höheren Menschenlebens zu schaffen. So kanns auch nur in der Zukunft geschehen.

Wohl hätten wir freudig und hoffnungsmutig die zweite Revolutions-Weihnacht feiern können, wenn der revolutionäre Erlösergedanke des 9. November 1918 schon in allen Köpfen gereift wäre. Aber zu viele waren damals noch zu sehr mit den antisozialen Eigenschaften der vorrevolutionären Zeit belastet — waren noch zu sehr in der Ideenwelt des bürgerlichen Klassen- und Militärstaates befangen, als daß sie der erlösenden Wdruf der Revolution schon ganz, dauernd und konsequent für deren Sache hätte gewinnen können. Uns allen stand seit Beginn unseres sozialistischen Denkens das Proletariat als der rettende Messias vor Augen, das in ewig jugendlicher Frische, im einheitlichen Siegeswillen und unwiderstehlicher Kraft das Erlöserwerk an der Menschheit vollbringen werde. Aber ein übles Verhängnis hatte einen großen Teil der Arbeiterklasse durch denkbar blöde unsocialistische Kriegspolitik verspießert und versumpft. Seine Energie und Kraft blieb auch dann noch gelähmt und den proletarischen Interessen fremd, als es galt, den Herrschenden ihre Macht und ihre Vorrechte endgültig zu entreißen und auf neuem Grund, mit neuen Mitteln das Allgemeinwohl im Sinne des Sozialismus zu errichten.

Das in ein Fest christlichen Wunder- und Herzenglaubens umgefälschte alte Naturfest der Wintersonnenwende hätte so

seinem inneren Sinne nach wieder das alte Fest neuer Wandlung und neuen Aufstiegs werden müssen. Ein Tag neuen Lichtes nach der Nacht der Finsternis. Aus ihm müßte kommen nicht eine Liebe, die an den Tag gebunden durch einmalige Gaben tröstet oder gar sich selbst loskaufen möchte von der Schuld sonstiger Lieblosigkeit. Nein, ein großes Geben an alle und ein großes Empfangen von allen, — nicht als Gnade, sondern als Pflicht und Recht allen, — das muß mit der Sonnenwende die Bölkerwende bringen. Aber wir begnügen uns nicht mit dem dahin gerichteten schwächerischen Sehnen, sondern wir schreiten selber zur befreienden Tat. Je mehr sich die sozialistisch denkende Arbeiterklasse von den träumerischen, oft so unwahren Verheißungen der Kirche emanzipiert, — je mehr sie deren falsche Menschenfreundlichkeit durchschaut, desto sicherer will sie sich zu ihrem eigenen Erlöser machen. Ihre Zukunft ist der Sozialismus, das Reich der freien Menschheit und Menschlichkeit.

Seht ein Tor steht offen und weit
Und es winken Millionen Hände
Menschheit halt dich bereit und geweiht!
Sonnenwende

Kommunalisierung und Zwangswirtschaft

Von W. Schäfer.

„Wenn die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung nicht in zweckmäßiger Weise durchgeführt wird, muß gegebenenfalls Kommunalisierung oder Sozialisierung erfolgen.“ So äußerte sich der Unterstaatssekretär Herr Professor Hirsch vor dem Zentralverband des Deutschen Großhandels Anfang Oktober. Die Richtung ist also den Gemeindeverwaltungen vorgeschrieben und man mußte nunmehr annehmen, daß die Gemeindeverwaltungen überall darangehen, die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung zu betreiben. Es kann wohl nirgends davon die Rede sein, daß der freie Handel und die freie Wirtschaft zur Zeit eine geordnete Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durchführen könnten. Besonders trifft das für die Fleischversorgung zu. Auf diesem Gebiet ist trotz der von Reichswegen angeordneten Zwangswirtschaft noch eine so bunt gestaltete Bewirtschaftung üblich. Was läge näher, als gerade auf diesem Gebiet die Kommunalisierung der Fleischversorgung allgemein durchzuführen. Die praktische Möglichkeit der Durchführung dieser Forderung ist durch die Tatsachen längst erwiesen. Wenn trotzdem eine ganze Reihe von Kommunen es abgelehnt haben, die Fleischversorgung zu kommunalisieren, so deshalb, weil die Rücknahme auf die Fleischermeister sie von dieser Maßnahme abgehalten hat. Bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln sollten aber in allererster Linie, nicht die Interessen einer bestimmten Berufsklasse, sondern vor allem die Interessen der Konsumenten ausschlaggebend sein. Wo von diesem Grundsatz ausgegangen wurde, hat die Kommunalisierung auch Erfolg gezeigt. Die Interessentkreise gehen neuerdings dazu über, Gemeindeverwaltungen überhaupt das Recht abzuzusprechen, die Fleischversorgung zu kommunalisieren. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Verordnung der Reichsregierung vom 25. Septbr. 1915 den Gemeindeverwaltungen das Recht gibt, diese Maßnahmen durchzuführen. Die Mängel der heutigen Fleischversorgung sind nicht auf die Zwangswirtschaft allein zurückzuführen, sondern sind aufs engste verbunden mit der wenig zweckmäßigen Durchführung der Zwangsbewirtschaftung. In den allermeisten Fällen hat man die Interessenten dabei zu Rate gezogen, die natürlich längst kein Interesse mehr an der Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft haben. Die Leidtragenden bei dieser Mißwirtschaft sind die Konsumenten. Statt den früheren 2 Pfund Fleisch pro Woche und Kopf erhält die Bevölkerung im günstigsten Falle ein halbes Pfund. Die Geschäftsleute sind gerissen genug, die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches als die Ursache der Verabsolutung dieser geringen Fleischportion zu bezeichnen. In Wirklichkeit trägt einmal der durch den Krieg herabgewirtschaftete Viehbestand zu dem geringen Fleischquantum bei. Inwiefern muß gesagt werden, daß auch bei dem jetzigen Viehbestand die Möglichkeit besteht, pro Woche und Kopf mindestens 500 Gramm Fleisch zu verabfolgen. Daß das nicht geschehen kann, liegt an der mangelhaften Erfassung des Schlachtviehs und an dem damit verbundenen Schleichhandel. Die Befürworter des freien Handels geben vor, daß sie im Stande wären, genügend Fleisch zum Verkauf zu bringen. In Wirklichkeit ist das natürlich nirgends möglich. Das wird am treffendsten bewiesen durch die Fleischwirtschaft in den besetzten Gebieten. In St. Ingbert in der Pfalz weigern sich die Fleischermeister frisches Fleisch abzugeben. Sie wollen es erst zu Wurst verarbeiten, weil sie dabei besser auf ihre Rechnung kommen. In dem Gebiet der amerikanischen Besatzungszone wurden die Bestimmungen über die Zwangswirtschaft der Fleischversorgung so gut wie aufgehoben. Auch die Rationierung wurde stellenweise beseitigt. Das führte dazu, daß die Viehpreise in diesem Gebiet so in die Höhe gingen, daß die Landwirte alles nur irgend wie entbehrliche Vieh verkauften. Dadurch wurde nicht nur der Viehbestand erheblich gemindert, sondern stellenweise sogar das Rinderzug-

vieh verkauft und durch Maultiere ersetzt. Auf bringende Forderung aller zuständigen Organe soll demnächst die Zwangswirtschaft auch in der Besatzungszone wieder eingeführt werden. Solange der Viehbestand Deutschlands ein derartig niedriger ist, muß an der Zwangswirtschaft festgehalten werden. Verlangt werden muß aber, daß durch die Einfuhr von Futtermitteln der Schlachtviehbestand derartig gehoben wird, daß eine bessere Fleischversorgung möglich wird. Nach der Statistik vom Monat Juni 1919 betrug die Ziffer der geschlachteten Rinder 158500, das sind 0,94 Prozent unseres Viehbestandes; im Jahre 1914 wurden im Monat Juni 281200 Rinder geschlachtet, das macht 1,3 Prozent des damaligen Viehbestandes. Es ist also nicht wahr, was gelegentlich in der Presse behauptet wird, daß die Schlachtziffer nicht höher sein könnte, weil dadurch unser Viehbestand zu sehr herabgemindert würde.

Nicht durch die für den offiziellen Fleischbedarf vorgesehenen Schlachtungen wird unser Viehbestand herabgemindert, sondern durch die unverantwortlichen, aus purer Gewinnsucht betriebenen Schwarzschlachtungen. Unsere Fleischproduktion beträgt heute noch 1822378 Tonnen pro Jahr, nämlich 85 Kilogramm pro Schwein und Jahr, 50 Kilogramm pro Rind und 10,5 Kilogramm von einem Schaf. Selbst wenn man zugibt, daß die Schlachtausbeute der Rinder heute um 15 Prozent niedriger wie in Friedenszeiten ist, dann verbleibt immer noch die Möglichkeit, pro Kopf und Woche 1 Pfund Fleisch zu verabfolgen. In einer ordnungsmäßig scharf durchgeführten kommunalen Fleischversorgung erblicken wir eine der Grundbedingungen, die notwendig sind, um die mit der Fleischversorgung verbundenen Schwierigkeiten zu unterbinden. In der Landwirtschaft machen sich neuerdings Bestrebungen bemerkbar, die auf eine genossenschaftliche Organisation der Viehhalter hinzielt. Der Zweck dieser Genossenschaften soll sein, die Produktion der Landwirtschaft direkt mit den Organisationen der Verbraucher auszutauschen unter Ausschaltung aller unnötigen Zwischenhändler. Die Preisbildung des Fleisches gibt der Landwirtschaft Nahrung für ihre Behauptung, daß der Zwischenhandel an dem Vieh soviel verdient wie der Landwirt, der 1—2 Jahre sich mit dem Vieh beschäftigen muß. Sie wollen deshalb eine direkte Austauschmöglichkeit zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und den städtischen Verbrauchern schaffen. In München gab gelegentlich einer Versammlung, die sich mit der Fleischversorgung befaßte, ein Gutsbesitzer namens Merk eine Erklärung ab, die dahin ging: „Die Landwirtschaft vertritt den Standpunkt, daß Kauf und Verkauf von Vieh in erster Linie die Aufgabe der organisierten Landwirtschaft ist. Die landwirtschaftlichen Korporationen haben bereits zu diesem Zwecke eine „Gemeinnützige bayerische Viehverwertungsgesellschaft“ gegründet und letztere ist bereit, mit dem organisierten Handel in ein bestimmtes Verhältnis zu treten. Sie strebt ferner an, daß der organisierte Viehvermittlung eine möglichst geschlossene Organisation der Verbraucher gegenüber gestellt wird.“

Nach diesen Bestrebungen gewinnt die kommunale Fleischversorgung neue Bedeutung. Die Schwierigkeit der kommunalen Bestand bisher in der regelmäßigen Beschaffung von Schlachtvieh. Durch die gemeinsame Organisation der Landwirte wird diese Schwierigkeit beseitigt. Der kommunalen Betätigung eröffnet sich somit ein neues erfolgreiches Feld. Die Kommunalisierung der Fleischversorgung rückt in ein neues Stadium und kann in den größeren Städten erfolgreicher wie bisher in Angriff genommen werden.

Politische Mundschau

Deutschland

Sozialistenverfolgung im besetzten Gebiet

Im November haben in dem von Belgien besetzten Teil des rheinischen Industriegebietes Streiks stattgefunden, die nicht ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Ziel hatten. Die Arbeiter gaben so ihrer Mißstimmung über die Haltung der belgischen Besatzungsbehörden Ausdruck. Der Streik ging

in voller Ruhe und Ordnung vor sich, er wurde durch Verhandlungen zwischen den Arbeitern und dem belgischen Oberkommandierenden beendet, in deren Verlauf einige Zugeständnisse gemacht wurden. Wie konnte es nun überhaupt zu einem Streik kommen? Wir finden in Het Volk eine Erklärung dafür. Das Blatt schreibt:

„Die Offiziere (der belgischen Besatzungsarmee) sind bei der Bourgeoisie einquartiert. Diese Offiziere haben dadurch Umgang mit Unternehmern, mit Kaufleuten, mit hohen Beamten. Von diesen empfangen sie ihre Kenntnis über das Wesen und die Meinung des deutschen Volkes, wobei die Arbeiter und insbesondere die Sozialdemokraten natürlich nicht gut wegkommen, denn die Bourgeoisie in Deutschland ist, was sie vor der Revolution war: reaktionär, aufbegehrend, arbeiterfeindlich. Sie weiß, daß die Entente Sorge vor dem Bolschewismus hat, daß die Alliierten sich für alle Fälle vor einem Eindringen von revolutionären Strömungen schützen wollen. Diese Besorgnis, diese Furcht benutzen die Herren Kapitalisten des besetzten Gebietes und beeinflussen in diesem Sinne ihre belgischen „Gäste“, die Offiziere der Besatzung, indem sie die Sozialdemokraten als „Kommunisten“, als „Spartakisten“, als „Bolschewisten“ schildern.“

Unter diesen Umständen haben besonders die Unabhängigen zu leiden, die für die rechtssozialistisch-demokratisch-kerikale Regierung als der „gemeinsame Feind“, und für die Entente als die Träger des Bolschewismus gelten. Das Blatt der Düsseldorfer Unabhängigen, die Volkszeitung, ist im besetzten Gebiet verboten. Warum? Weil ein schätzbare Konkurrent, das Düsseldorfer Zentrumsblatt es bei der belgischen Obrigkeit als Organ der Bolschewisten verlagert hat.“ So werden Verhaftungen von Unabhängigen und auch von Rechtssozialisten vorgenommen, ohne daß auch nur die Gründe mitgeteilt werden. Het Volk schreibt weiter:

„Und dabei offenbart sich die merkwürdige Erscheinung: die Menschen, die dem Einfall der Deutschen in Belgien zuzubekommen, die jede Gewalttat gegen das überfallene Land gutgeheißen haben, die am liebsten ganz Belgien einstecken, oder doch wenigstens die flämische Küste behalten wollten, — sie, die „Bolschewisten des Krieges“, sie klagen die Sozialdemokraten als Bolschewisten an, und die Belgier gehen in die Falle. Und die Unabhängigen, die gegen den Krieg waren, die den Einfall in Belgien verurteilt haben, die, weil sie die Wiederherstellung Belgiens verlangten und auf einen baldigen Frieden hindrängten, in die Schützengräben und die Gefängnisse geschickt wurden, werden von den Belgiern zum Vorteil der alldeutschen Gewaltpolitiker der Militaristen und Imperialisten in Haft gesetzt.“

Das Organ der holländischen Genossen erwartet, daß sich die neue belgische Regierung um die Zustände in dem besetzten Gebiet bekümmert und eine Aenderung im Verhalten der Besatzungsbehörden eintreten läßt. Wir sind etwas skeptisch in dieser Beziehung. Die Internationale des Kapitals ist zu mächtig, als daß sie es sich nehmen ließe, ihre Widersacher möglichst unschädlich zu machen. Dagegen reichen ein paar belgische sozialistische Minister nicht aus. Aber die in Het Volk geschilderten Vorgänge sind ein interessanter Beitrag zur Geschichte unserer Zeit und ein neuer Beweis dafür, daß die „nationale Gesinnung“ bei allen Kapitalisten nur solange vorhanden ist, als sie Geld dabei gewinnen können.

Die Lage der russischen Kriegsgefangenen

Seit das alte Militärregime in Deutschland wieder ganz die Oberhand gewonnen hat, haben die Klagen über schlechte Behandlung der immer noch in Deutschland weilenden russischen Kriegsgefangenen nicht mehr aufgehört. Sie nehmen in letzter Zeit so sehr zu, daß es nicht mehr möglich ist, länger dazu zu schweigen. Die Revolution hatte den russischen Kriegsgefangenen ihr Los so viel wie möglich erleichtert. Diejenigen, die nicht sofort abtransportiert werden konnten, erhielten größtmögliche Freiheit, bessere Verpflegung und eine einigermaßen angemessene Befoldung für ihre Arbeit. All diese Vorgänge sind jetzt mehr und mehr wieder verschwunden. Die Urlaubsausweise sind den Gefangenen in vielen Gefangenen-

lagern entzogen worden, so daß sie teilweise überhaupt nicht oder nur in beschränktem Maße Gelegenheit haben, sich außerhalb des Lagers zu bewegen. Dazu ist ganz der alte Ton und die alte Behandlung, wie sie während des Krieges geübt wurde, wieder eingeführt.

Die Regierung will auch garnicht wissen, was in ihren Lagern vorgegangen ist, hat sie doch auch gelegnet, daß in den russischen Gefangenenlagern durch Herrn Vermond, der einen amtlichen Zulassungsschein zu den Gefangenenlagern hatte, damals Werbungen für die russisch-reaktionäre Freiwilligenarmee vorgenommen worden sind. Im Sommer dieses Jahres erschien Herr Vermond in russischen Gefangenenlagern und begann ganz offen die Werbungen für die russischen Freiwilligenarmeen. Zahlreiche gefangene russische Offiziere beteiligten sich an dieser Werbearbeit. Man drohte den Gefangenen damit, daß sie noch jahrelang in Gefangenschaft bleiben müßten, wenn sie sich nicht der Freiwilligenarmee anschließen würden. In die Kriegsgefangenenlager wurde dadurch eine große Beunruhigung getragen, warb man doch auch Leute an, die mit der reaktionären Bewegung nichts zu tun haben wollten und die man zwangsweise abtransportierte. Von den Gefangenen selbst kamen deshalb Beschwerden über Beschwerden, und obwohl man offiziell die Werbungen verbot, unterstützten die deutschen Lagerkommandanten noch weiter die Werbungen der russischen Offiziere.

Es ist unerhört, daß sich eine solche Bergewaltigung der russischen Kriegsgefangenen unter den Augen der Regierung vollziehen konnte. Sie hat hier eine ebenso zweifelhafte Rolle gespielt, wie während des ganzen baltischen Abenteuers. Wir müssen erneut mit allem Nachdruck verlangen, daß die Regierung alles tut, um eine gerechte menschliche Behandlung der russischen Gefangenen sicherzustellen und ihre baldige Rückbeförderung zu ermöglichen.

Wie die Reichswehr verpflegt wird

Die Nosketruppen sind stets mit reichlicher und guter Kost versorgt worden. Trotzdem gibt man ihnen jetzt noch folgende verbesserte Abendkost:

- a) je 100 Gramm Fleischkonserven oder Fleischwurst an drei Tagen der Woche;
- b) je 125 Gramm Weichkäse oder 100 Gramm Hartkäse oder der halbe Tagessatz einer Gemüseportion an zwei Tagen der Woche;
- c) je ein Hering oder Räucherfisch oder der halbe Tagessatz einer Gemüseportion an zwei Tagen der Woche.

Es ist also dafür gesorgt, daß die Noskiden jeden Abend entweder ein Stück Wurst oder ein Stück Käse oder einen Fisch zu ihrem Brote verzehren können. Die Zivilbevölkerung erhält für den Kopf noch lange nicht einmal für die ganze Woche soviel Fleisch- und Wurstkonserven, wie ein Mitglied der Reichswehr an einem Abend verzehrt. Dabei muß der Arbeiter schwer arbeiten, er hat kein so gutes Mittagessen wie der Noskesoldat. Das ist die „Gleichheit“, die die rechtssozialistischen Minister in der „demokratischen“ Republik der Bevölkerung bieten. Sie füttern zuerst ihre Schutztruppen, und der Arme hat das Recht, mit knurrendem Magen zuzusehen, wie die Herrschaften speisen. Die verbesserte Abendkost, die mobile und immobile Truppen, sowie der Rest des alten Heeres erhalten, erfordert eine tägliche Mehrausgabe von 100 000 Mark!

Wachsende Erkenntnis

Der Vorstoß gegen die regierungssozialistische Politik in Baden, der von der Freiburger Organisation der Mehrheitsler ausgegangen ist, findet wachsende Unterstützung im badischen Oberlande. Die reaktionäre Aenderung in Baden insbesondere auf kulturellem Gebiete läßt bei den denkenden Mehrheitssozialisten die Erkenntnis reifen, daß sich die führenden Geister der badischen Noskpartei von der Reaktion über den Döbel barbarieren lassen. So bezeichnet es jetzt ein Mitarbeiter der Freiburger Volkswacht als den dümmsten Streich des ministeriellen Sozialismus Badens, daß er sich um die Uebernahme des Unterrichtsministeriums prellen ließ, dafür aber auf den Stuhl des Innenministers gekrochen ist. Der letztere

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Landl

54]

Jordan (im Frack) hatte sich in einer stillen Ecke des Borsaales niedergelassen, während van Geldern im Saale selbst nach Herta Umschau hielt. Er fand sie nicht, hörte aber von einer Muldin, die Stammgast in der Bar gewesen, in der van Geldern Musik gemacht hatte, daß Herta mit dem Ruffen vor weitergezogenen Augenblicken das Palais verlassen hatte und weitergezogen war. So brach denn auch Jordan auf. Er nahm ein Auto und fuhr mit van Geldern bei zahllosen Tanzlokalen vor. Während Jordan im Wagen blieb, nahm sein Begleiter die Suche auf.

Sie blieb ohne jeden Erfolg. Jetzt fuhr man nach der Mochstraße zur Feenbar. van Geldern bat Jordan, allein in das Lokal zu gehen, da es ihn geniere, sich dort sehen zu lassen, nachdem er von dem Wirt, in dessen Lohn er als Klavierspieler gestanden, in Unfrieden geschieden war.

van Geldern wollte in dem Café, von dem die Fahrt heute abend ausgegangen war, auf Jordan warten. Dieser betrat den vollgerauchten Barraum, einen großen, tiefen Laden, in dem ein Klavierspieler einen Flügel bearbeitete. Der stand im Schaufenster auf einem Podium. An kleinen Tischen in Klubbesseln regelte sich eine ähnliche Gesellschaft wie die im Palais gewesen war, Dirnen, Zubälter, Provinzherrn, schnarrende Gardeoffiziere im Frack, ein paar Barone und Grafen und sogar ein Durchlauchtprinzip — alles betrunken mit heißen, roten Köpfen — Whisky, Sekt und Schnäpse schlürfend, brüllend lachend — durcheinander rufend.

Den hochgewachsenen, näselnden Aristokraten sah man es an, welchen Genuß es ihnen gewährte, hier im Schlamm, in der Hefe, im Auswurf der Gesellschaft, Rücken an Rücken mit der Verbrecherschaft sich loszulassen.

Zwei Weiber tanzten den unvermeidlichen Tango zwischen den Tischen und Sesseln, sich die Kleider bis über die Knie hinauffraßend. Zelluloidbälle flogen von Tisch zu Tisch durch die Luft, Götter durchschwärmten den Raum, Schweinereien wurden gerufen.

Der Portier, vom Wirt zitiert, packte ein bezechtes Frauenzimmer am Arm und beförderte es gewaltsam auf die Straße. Ihr langer Sammetmantel wurde ihr nachgeworfen, während sie draußen wie toll an die hohen Spiegelscheiben schlug, so daß der entsetzte Wirt mühtend hinausrannte, um die Polizei zu holen. Die tief dekolletierte Bardame hinter der Kredenz

schlug einem Zubringlichen, der auf einem der hohen Hocker am Schankisch ihr gegenüber saß und ihr eben in den Ausschritt griff, eine schallende Ohrfeige — und auch sonst vergnügte man sich an den Einzelstücken zwischen Dirnen und Kavaliern auf eigene Faust.

So sah das Nachtgenießen der Berliner Lebewelt aus, die einzig im Geldverton und im Alkohol die Betäubung suchte, um über das Grauen ihrer inneren Leere hinwegzukommen und Vergessenheit zu suchen.

Auch hier war Herta nicht, und Jordan sah bei seinem Mokka, den Blick starr auf die Eingangstür gerichtet, in der vagen Hoffnung, die Erwartete könne doch noch jeden Moment eintreffen.

So war dem Harrenden eine halbe Stunde vergangen, als der Barportier an ihn herantrat und ihm eine Karte übergab. Mit Bleistift war darauf geschrieben: „Bitte, kommen Sie sogleich. Van Geldern.“

Jordan zahlte und ging hinaus. Draußen stand der Musiker und winkte Jordan aufgeregt heran. „Rasch, Herr Doktor, rasch...“

„Was ist denn geschehen?“

„Herta ist zu Hause. Ich sah Licht in ihren Fenstern.“

Hier ist ein Auto. Steigen Sie ein.“

Im Wagen sah Jordan auf die Uhr. Es war drei.

„Wie komme ich aber ins Haus?“ fragte er.

„Hier ist der Wohnungs- und Hauschlüssel.“

„Danke. Sie gehen jetzt ruhig nach Hause, van Geldern.“

Und sollte ich Sie morgen vor meiner Abreise nicht mehr sehen, so nehmen Sie heute schon meinen Dank für Ihren Beistand. Beherzigen Sie, was ich Ihnen gesagt habe, und rechnen Sie bestimmt mit der Hilfe, die ich Ihnen angelobte.“

Wollen Sie mir die Zusicherung geben, daß ich Ihrer mit Zuversicht denken kann?“

„Ich will!“ sagte van Geldern, und beide tauschten einen Händedruck.

Das Auto hielt vor Hertas Hause. Der Musiker stand, während Jordan die Haustür erschloß, zögernd und unentschlossen. Jordan wandte sich nach ihm um.

„Haben Sie noch etwas auf dem Herzen?“

„Es wird doch nicht — nicht zu Gewalttätigkeiten kommen?“

Jordan lächelte nachdenklich. Er schüttelte den Kopf.

„Heute nicht,“ sagte er. „Heute sicherlich nicht.“

Langsam stieg Jordan die Treppe hinauf, erschloß Hertas Wohnung und klopfte leise an die Tür ihres Wohnzimmers.

Draußen stockte das Lachen und Schwagen einen Moment, dann aber setzte es gleich wieder von neuem ein.

Herta meinte natürlich, der eifersüchtige Musiker stände draußen, und ignorierte einfach sein Klopfen.

Jordan widerstrebt es, hier mitten in der Nacht Lärm zu machen und die Öffnung der Tür zu erzwingen. Deshalb ging er wieder fort, verließ das Haus, fragte einen patrouillierenden Schutzmann nach dem nächsten Revier, wo er sich dem Wachmeister legitimierte und um Mitgabe eines Beamten ersuchte, da er im Hause Mochstraße 80 eine dienstliche Feststellung sofort vornehmen müsse.

Er bekam einen Schutzmann mit, kehrte in Hertas Wohnung zurück und befahl dem Beamten, die Öffnung der Tür zu veranlassen.

Der Schutzmann pochte etwas energischer und rief: „Die Polizei ist hier. Öffnen Sie sofort!“

Draußen Klüffern, erschrecktes Umhertappen. Dann Hertas Stimme: „Gleich! Einen Augenblick!“

Eine andere Tür zum Korridor wurde sachte geöffnet, im Halbdunkel des Ganges erschien ein eleganter, älterer Herr im Beiz und Zylinder, den Herta eiligst zur Hintertreppe hinausließ. Dann huschte die Frauengestalt im Halbdunkel wieder zurück, drinnen drehte sich der Schlüssel im Schloß, die Tür wurde geöffnet, und Herta in ihrem maigrünen Negligee erschien in einer dicken Rauchwolke.

„Was wollen Sie von mir? Was ist los?“

Jordan trat ihr entgegen.

„Nichts,“ sagte er, „nichts von Belang.“

Dann zum Schutzmann gewendet: „Danke, Sie können jetzt gehen!“

Jordan trat ein und schloß die Tür hinter sich.

Einen Augenblick standen die beiden einander schweigend gegenüber. Sie maßten sich wie zwei Kämpfer, die im nächsten Moment übereinander herfallen werden. Herta war totenblau. Es zuckte um ihren Mund.

„Willst du mir das erklären?!“ rief sie endlich zwischen zusammengebissenen Zähnen hervor. „Was soll das heißen?!“

„Das soll heißen, daß dein Wüßten jetzt ein Ende hat.“

Vollkommen ruhig sagte er das, in der Leidenschaftslosigkeit des eisernen Entschlusses.

„Morgen abend um sieben Uhr reisen wir ab. Du hast bis dahin deinen Koffer zu packen und deine Sachen zu ordnen.“

Bis zur Abreise kommst du mir nicht mehr aus den Fingern. Also ich frage dich: Reist du morgen gutwillig mit mir?“

Sie lachte gezwungen. „Gern. Wohin du willst. Ich hab's dir doch längst schon gesagt.“

— „Gut. Dann ist also vorläufig alles in Ordnung.“

Geh nun zu Bett. Ich wache die Nacht hier...“

In Hertas Wohnzimmer streckte Jordan sich auf den Diwan. Wie Blei waren seine Glieder, schwerer noch die Müdigkeit seines Herzens.

(Fortsetzung folgt.)

frage die Verantwortung für die unglückselige Zwangswirtschaft und verhasste Versorgungspolitik.

Die bürgerlichen Gegner lachen sich tatsächlich darüber ins Fäustchen, daß man im ganzen Lande darob über den sozialdemokratischen Minister schimpft und seiner Partei die unangenehmen Maßnahmen auf das Wahlkonto schreibt. Mit dem Unterrichtsministerium, glaubt der Genosse in der Volkswacht, hätte seine Partei ein dankbares Feld gehabt und einen großen Teil der freigesetzten Lehrer für den Sozialismus gewonnen, um sie als Führer im Wahlkampf auf den Dörfern verwenden zu können.

Der Kritiker — offenbar dem Lehrerstande angehörend — übersieht ganz, daß die regierungsozialistische Partei im Parla- mente auf dem Gebiete des Kultus und Unterrichts schon bei der Schaffung der neuen Verfassung leider einer Lösung der Schulfrage nach den Grundsätzen des Erfurter Programms aus dem Wege gegangen ist.

Rußland

Die Lage in Sowjetrußland

Ein neutraler Reisender, der, aus Zentralrußland kom- mend, in Kopenhagen eintraf, berichtet, daß die Stellung der Sowjetregierung durch die Haltung der Entente im Bewußtsein der Öffentlichkeit gestärkt worden sei. Vor allem wachse bei den Bauern die Ansicht, die Entente wolle die alten Bodenverhältnisse wieder herstellen. In ganz Süd- und Zentralrußland arbeiten englische und amerikanische Handels- kommissionen eifrig an der Erforschung der Verhältnisse und ebnen den Boden für den planmäßigen Aufmarsch russischer Betriebs- und Rohstoffzentren. Der Reisende, der ausführlich mit Trotski gesprochen hat, glaubt eine starke Schwentung in dem Sozialisierungsturn der Sowjetregierung zugunsten ge- mäßigterer Anschauungen konstatieren zu können. Ferner ist er der Ansicht, daß die föderative Idee unter der russischen Bevölkerung nicht unpopulär sei, solange die Randstaaten nicht einem deutsch-russischen Handelsverlehr Schwierigkeiten in den Weg legen. Auch das Verhältnis Estlands zu Mos- kau habe sich gebessert. Man sei in Moskau gegen einen allzu großen Landerwerb Polens auf den Gebieten der frühe- ren deutschen Grenzen, weil man aus der hieraus folgenden Spannung zwischen Polen und Deutschland für den Transit- verkehr über Polen Befürchtungen hege. Zeichen für einen bald bevorstehenden Umsturz in Ruß- land hat der Gewährsmann nirgends be- merkt, wenn schon Bürgertum und Reaktion täglich an der Arbeit seien.

Frankreich

Spaltung der französischen Sozialisten?

Auch in Frankreich macht die Scheidung der Geister im Sozialismus unaufhaltbare Fortschritte, Reformisten und Revolutionäre stehen sich schroff gegenüber, genau wie bei uns in Deutschland, wo der grundsätzliche Gegensatz bereits im Kriege zur Spaltung geführt. Auch Frankreichs Proletariat wird von ihr kaum verschont bleiben: es muß sich entscheiden, ob es die internationale revolutionäre Tat oder eine Zweck- mäßigkeitspolitik auf nationaler Grundlage haben will. Nach einer Wolff-Meldung ist am 17. Dezember in Paris von den rechtsstehenden sozialistischen Abgeordneten, die bei den Kammerwahlen gegen die unifizierten Sozialisten und die in ihrer Taktik und Methode der U. S. P. am nächsten stehen kandidiert haben, eine neue Arbeiterpartei gegründet worden. Sie soll auf nationaler Grundlage die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse verteidigen. Als Führer der neuen sozial- patriotischen Gründung wurde u. a. Rogier und Brunest ge- nannt. Auch einige Abgeordnete der unifizierten Sozialisten sollen bei der Gründung zugegen gewesen sein, aber ihren endgültigen Beitritt zur neuen Partei noch nicht erklärt haben.

Italien

Die ersten Folgen des sozialistischen Wahlsieges

Bereits die ersten Abstimmungen des neugewählten italienischen Parlaments haben die große Bedeutung des ge- waltigen Wahlsieges der italienischen Sozialisten bewiesen.

Nachdem die bürgerliche italienische Presse und die bürger- lichen Politiker gemerkt hatten, daß ihr Liebeswerben um den Eintritt von Sozialisten in eine bürgerliche Regierung und eine Zusammenarbeit der sozialistischen Partei mit den bürger- lichen Parteien vergeblich gewesen war, benutzten sie den Um- stand, daß die sozialistische Kammerfraktion trotz ihrer fast 160 Mitglieder, die sie zur stärksten Fraktion des Parlaments machen, gleichwohl nur etwa den vierten Teil desselben bilden, zu der Behauptung, daß der sozialistische Wahlsieg nur einen platonischen Wert hätte. Mit vielem Getöse wurde behauptet, daß die Vertreter des italienischen Proletariats im Parlament durch die Gesamtheit der anderen Parteien bald zur völligen Handlungsunfähigkeit verdammt werden würden.

Die ersten Debatten und die ersten Beschlüsse des neuen Parlaments aber haben bereits, wie gesagt, das Gegenteil dieser Voraussage erwiesen. Sie haben klar gezeigt, welche Erfolge ein zielbewußter, die revolutionären Grundsätze nicht verlassender Sozialismus in seiner Parlamentsarbeit auch dann erringen kann, wenn er nicht die absolute Mehrheit besitzt.

So sind zum allergrößten Erstaunen und Entsetzen des italienischen Bürgertums u. a. folgende Anträge der sozia- listischen Kammerfraktion zur Annahme gelangt: Nichtbeteiligung Italiens an der russischen Blockade und Aufnahme der diplo- matischen und kommerziellen Beziehungen zu Sowjetrußland, Einrichtung kontrollierender Arbeiterräte und entschädigungs- lose Enteignung allen Landbesitzes, welcher ohne Grund von den Großgrundbesitzern unbebaut gelassen wurde.

Diese Beschlüsse erfüllen zwar nur einen kleinen Teil der sozialistischen Forderungen, doch sind sie angesichts der außer- ordentlichen Fähigkeit, mit der sie von den bürgerlichen Par- teien bekämpft wurden, ganz außerordentlich beachtenswert. Möglich waren sie zwar nur dadurch, daß die katholische Partei für die Anträge der Sozialisten stimmte. Doch sie tat es nur notgedungen, trotz ihres Widerwillens für die Ideen der äußersten Linken, da sie den unabweislichen Druck der Massen fühlte und es nicht wagte, die eben erst durch zahllose vollstimmliche Versprechungen errungene Popularität — die katholische Partei hatte nächst der sozialistischen bei der Wahl die größten Erfolge errungen — wieder aufs Spiel zu setzen.

Bei jener Masse aber und nicht im Schoße des Parla- ments werden sich die kommenden großen Ereignisse in Italien abspielen. Denn die Masse ist die lebendigste Plattform des politischen Lebens in Italien. Sie ist von bewunderungs- würdiger, revolutionärer Gesinnung und durchdrungen vom Bewußtsein des Klassenkampfes. Ein französischer Genosse berichtete in der Humanité über ein Ereignis, das er in

Italien erlebt hatte und das bezeichnend ist für den Geist, der dem italienischen Proletariat innewohnt.

„Es war in Turin an der Arbeitsbörse,“ so schreibt er, „am Nachmittage um 5 Uhr kam die telephonische Nachricht aus Rom über den Generalstreik als Protest gegen die An- griffe einiger Nationalisten auf sozialistische Abgeordnete. Und um fünfzehn Uhr bereits waren alle Fabriken geschlossen, der Straßenbahnbetrieb unterbrochen, das Arbeitsleben der ganzen großen Stadt vollkommen erstarbt.“

Japan

Auch Japan vor sozialen Kämpfen

Auch Japan leidet unter dem allgemeinen Streikfieber, wie eine Meldung der Baseler Nationalzeitung feststellt. Nach den neuesten amtlichen Statistiken zählt Japan 300 000 Gruben- arbeiter, 1 095 300 Fabrik- und Werkstättenarbeiter und Arbeiterinnen und 150 000 Lehrlinge der staatlichen Werk- stätten. Die in Japan vor sich gehende Entwicklung schreitet, wie in Tokio und anderen Städten festgestellt wird, rasch vorwärts. Eine allgemeine Unruhe hat die Städte erfasst. Es liegt etwas wie eine Drohung in der Luft, der in sehr naher Zukunft die Tat folgen könnte. Eine Arbeitsorgani- sation hat sich gebildet. Den Arbeitern und Soldaten werden im geheimen Proklamationen verteilt. Das teure Leben erhöht die Unzufriedenheit. Ganze Berufsbranchen fordern die Er- höhung der Löhne und die Herabsetzung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften fordern von der Regierung die Anerkennung ihrer gesetzlichen Existenz. Die Arbeiterfrage ist in ihrer ganzen Tragweite aufgerollt.

Der Weihnachtsfeiertage halber er- scheint die nächste Nummer der Elbinger Volksstimme am Sonnabend nachmittag.

In und um Elbing

Konfessionslose Vereinigung zu Elbing

Am Sonntag fand in der Aula der Auguste-Viktoriafschule die erste öffentliche Propagandaversammlung der Konfessions- losen Vereinigung zu Elbing statt.

Herr Dr. Kranz II als Vorsitzender eröffnete die Ver- sammlung. Er wies darauf hin, daß anlässlich der im Frühjahr dieses Jahres einsetzenden Kirchaustrittsbewegung viele der Ausgetretenen an ihn herangetreten seien mit dem Wunsche, auch in Elbing eine Freireligiöse Gemeinde zu gründen. Mit dem 1. November d. J. konstituierte sich in Elbing die Kon- fessionslose Vereinigung. Diese Name wurde nach reiflicher Erwägung gewählt, die Vereinigung ist frei von allem äußeren Gepräge und will nur das rein Sittliche und Wahre, das Natürliche fördern und stärken.

Dann nahm die Referentin, Fräulein Dr. von P e g o l d, Predigerin der Freien Gemeinde in Königsberg, das Wort. Grundlegend für ihren Vortrag war die Frage: „Brauchen wir heutzutage noch eine Religion?“ Nachdem die Rednerin einen Ueberblick über die Entstehung der Reli- gion gegeben hatte, betonte sie, daß alles menschliche Suchen und Forschen auf religiösem Gebiet der Wunsch nach Erkenntnis des Woher und des Wohin bedeute. An der Hand historischer Tatsachen wies Fräulein v. Pegold nach, daß alle Konfessionen von Menschen gemacht worden und im Laufe der Jahrtausende durch Erzählungen und Schriften naturgemäß verändert und ihrer ursprünglichen Form entkleidet worden sind.

Nach einem Ueberblick über die kirchengeschichtliche Ent- wicklung Englands und über das dortige Kirchenwesen kam die Rednerin auf die Reformation. Sie wies nach, daß selbst Luther als Kind seiner Zeit noch felsenfest an Hexen und Teufel geglaubt hat, was er selbst in Worten und Schriften angibt, z. B. wenn er seinen vergeblichen Kampf mit dem Teufel schildert. In der gegenwärtigen Zeit besonders während des Krieges, hat die Kirche alles andere getan, als dem Grundsatz der Nächstenliebe zu folgen.

Das Ziel der Konfessionslosen Vereinigung ist nicht etwa, wie vielfach wissentlich oder unwissentlich falsch behauptet wird, Ausrottung oder Herabwürdigung der bestehenden ver- schiedenen Konfessionen, sondern schärfster Protest gegen das System, unseren Kindern in den Schulen zwangsweise das Lehren zu wollen, was wir Erwachsene selbst nicht glauben. Die konfessionslosen Vereinigungen fördern das Streben nach geistiger Freiheit, nach Wahrhaftigkeit. Die Dogmen der be- stehenden Kirche, die Systeme der Konfessionen finden hier keinen Boden. Gegen den geschichtlich feststehenden Wider- spruch, der zwischen den einzelnen Evangelien und Ueber- lieferungen besteht, gegen das Buchstäbliche der an sich schönen und sittlich wertvollen Legenden protestieren die Konfessions- losen Vereinigungen. Nicht eine neue Sekte, keine neue Religionsgemeinschaft sind sie, sondern ein Zusammenschluß aller Denkenden und Wahrheit suchenden.

Die Frage, ob wir heute Religion brauchen, beantwortete Fräulein v. Pegold mit ja. Gerade in der heutigen Zeit brauchen wir mehr denn je Religion. Die Frage, was ist Religion? beantwortete die Rednerin dahingehend: Religion ist die Erkenntnis der Verantwortlichkeit und des Zusammenhanges mit dem Weltall, der Natur, der Menschheit selbst. Es soll jeder frei sein in seinen religiösen Anschauungen, es darf kein Zwang herrschen. Mit dem Dichter Schiller sagte auch die Rednerin: Welche Religion ist die deine? Keine! Weshalb? Aus Religion! Ein Beweis, daß von den bestehenden Religionen keine hoch und rein genug ist, um als das mensch- liche Ideal, als höchstes Gut zu gelten. Daß Religion also etwas anderes, Höheres ist und nur in Menschen selbst wohnen kann, nicht durch äußere Formen aufgezungen werden kann.

In der Diskussion sprach zuerst Herr Pfarrer B e y e r. Er führte aus, daß er grundsätzlich mit dem, was die Rednerin gesagt hatte, einverstanden sei, nur wünsche er, daß eine Reformierung innerhalb der jetzt bestehenden evangelischen Kirche erfolgen solle. Die evangelische Kirche sei gerade jetzt dabei, sich neu zu reformieren. Er schlug darauf eine Einig- ung auf der Basis der Volkskirche vor. Herr S e i n e stellte sich auf den Standpunkt, daß die den Kindern in der Schule gelehreten 10 Gebote das Richtige seien, er könne nicht glauben, daß Luther an Hexen und Teufel geglaubt habe. Herr F i s c h e r aus Berlin wies besonders nachdrücklich darauf hin, wie bei Kriegsausbruch gerade die Kirchen und ihre Vertreter es waren, die dem Volke entgegen dem Grundsatz: Du sollst

nicht töten, den Krieg von den Kanzeln herab gepredigt haben. Herr S i b n e r wies nach, daß von der sogenannten Allmacht eines höheren Wesens nichts zu spüren sei, Väter und Mütter werden von ihren Kindern gerissen, so vieles Leid und Un- glück kommt über die Menschheit und die sogenannte Allmacht hilft nicht.

Zum Schlußwort beantwortete Fräulein v. Pegold alle gestellten Fragen. Eine Anfrage, wie die Konfessionslosen Vereini- gungen zum Deutschen Monistenbund stehen, beantwortete sie mit der Mitteilung, daß seitens der Freien Gemeinden mit dem Bunde ein Kartell gebildet worden ist und die beider- seitigen Anschauungen verwandt sind. Sie schloß mit dem Hinweis auf ein Dichterwort: „L e r n e z u l e b e n !“

Ein großer Teil der Zuhörer ließ sich nach Schluß der Versammlung sofort in die Konfessionslose Vereinigung auf- nehmen. Die Mitglieder werden regelmäßig Diskussionsabende abhalten, in denen über alle diesbezüglichen geistigen Fragen debattiert wird, besonders soll auf den Unterricht der Kinder Bezug genommen werden. Es kann nur jedem parteigenossen und jeder Frau dringend empfohlen werden, sich im eigensten Interesse der Vereinigung anzuschließen. Bedingung für die Aufnahme ist, daß innerhalb 3 Monaten der amtliche Nach- weis des Austritts aus der Landeskirche erbracht wird. Alle näheren Auskünfte werden in dem Parteibureau erteilt.

Ein gründlicher Reifall

Es gehört zur alten, guten Sitte, daß zum Weihnachts- fest fast in jeder Familie ein Tannenbaum angezündet wird, um vor allem den Kindern eine Freude zu bereiten. Während in den Jahren vor dem Kriege ein gutes Bäumchen schon für 70 Pfg. bis 1,50 Mk. zu erstehen war und nur selten in den letzten Tagen vor dem Feste bei größerer Knappheit die Preise anzogen, glaubten die Händler mit Tannenbäumen in diesem Jahre ihr „Geschäft“ zu machen. Es ist doch alles so teuer, weshalb sollten denn die Tannenbäume eine Aus- nahme bilden. Ein großer Teil war unter die Händler ge- gangen, der in früheren Jahren nicht an den Handel mit Weihnachtsbäumen gedacht hatte. So mußte denn unter den Streichen der Art manch junger Baum sein Leben lassen. In den ersten Tagen des „Auftriebs“ mit Tannenbäumen war unter 5 Mk. kein einigermaßen ansehnlicher Baum zu erstehen und da das Publikum gewöhnt war, daß alles knapper und teurer wird, zahlte es jeden geforderten Preis, heilfroh, sich noch rechtzeitig „eingedeckt“ zu haben. Aber Tannenbäume sind keine Ware, die sich hält und im Preise steigt. Das Ueberangebot machte sich von Tag zu Tag mehr geltend. Die Preise sanken zusehends, um in den letzten Tagen einen rapiden Preisturz zu erleben. „Für jeden Preis“ konnte man gestern und heute einen Baum erhalten. Die Händler belegten sich gegenseitig „von wegen der Konkurrenz“ mit den schönsten „Schmeichelworten“ und schimpften weiblich auf die Neulinge, die ihnen in diesem Jahre ins Handwerk gepfuscht hätten. Händler sowohl als auch teilweise das Publikum sind bei diesem Weihnachtsfest die Reingefallenen.

Anliegen an die Stadtverordnetenversammlung

Aus dem städtischen Pflanzamt wurden der neuen Stadt- verordnetenversammlung folgende Bitten unterbreitet:

1. Die Verpachtung von Stadtländereien möge in Zukunft in erster Linie an E l b i n g e r E i n w o h n e r mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer erfolgen.
2. Erst wenn die Nachfrage der Elbinger Einwohner befriedigt ist, solle das freibleibende Pachtland an Landbewohner zur Verpachtung kommen.
3. Die Pachtsumme ist nach einer feste n Tage zu regeln.
4. Die Pächter vom Landkreis zahlen eine erhöhte Pachtsumme, da die Lebenshaltung auf dem Lande billiger ist.

Südentliche Nachrichten

Inverstand und Eigennutz regieren die Welt

Ein sprechendes Beispiel hierfür ist die Festsetzung der Staatszugehörigkeit westpreussischer Gebietsteile. Die Entente- kommission hat dabei auf die wirtschaftlichen Lebensbedin- gungen der Grenzgemeinden keine Rücksicht genommen. Zum Teil verstand sie nichts von den geographischen Verhältnissen unserer Heimat, zum Teil wollte sie wohl auch keine Rücksicht nehmen. So fiel die Stadt Dirschau an Polen. So kamen die voll und ganz auf Elbing angewiesenen Orte J e n e r und J u n g f e r nach Danzig, obwohl sie hier zu wirtschaftlichem Ruin verurteilt sind. Noch schlimmer sieht es in der Um- gebung Marienburgs und in Marienburg selbst aus. S c h a d w a l d e, R a m i n k e und einige andere Ortsschaften, die für den Absatz ihrer Produkte unbedingt Marienburg brauchen, sind dem Freistaat Danzig zugeteilt. In Marien- burg selber geht die Grenze mitten durch die Stadt. Der größere Teil ist Abzimmungsgebiet, bleibt also entweder deutsch oder wird polnisch. Marienburg-Kalthof soll dagegen zu Danzig. Diese Zuteilung ist unsinnig, weil Kalthof nur in Verbindung mit Marienburg gedeihen und garnicht für sich allein existieren kann. Der größte Teil der Kalthofer ist denn auch gegen diese Regelung; d a f ü r sind einige Kaufleute, weil sie glauben, ein gutes Geschäft zu machen, wenn Kalthof von Marienburg abgerissen wird. Hoffentlich wehrt der Marienburger Magistrat sich erfolgreich gegen das Unterfangen der profitlüsternen Beutejäger.

Keine Lust zum Steuerzahlen

Die Einziehung und Ablieferung der Staatssteuern in dem Kreisteil nördlich der Memel stockt seit einiger Zeit fast gänzlich. Andererseits werden fortgesetzt große Summen und Vorentscheidungen auf Kriegsschäden an die Einwohner dieses Gebietes gezahlt. Da fast ausnahmslos nicht wirkliche Notlage, sondern böser Wille der Grund für die Nichterfüllung der Steuerpflicht ist, droht der Landrat in einer Kreisblatt- verfügung, in Zukunft die Gewährung von Vorentscheidungen von der rechtzeitigen Zahlung der Steuern abhängig zu machen.

Quittung.

Für die Gefängnisopfer der Moskafestzug gingen im Parteisekretariat Elbing ein:

Von der U. S. P. Marienwerder . . . 26,45 Mark,
Unabhängige Sozialdemokraten Dtsch. G. . . 36,60 „

Insgesamt 63,05 Mark.

A. Grünwald.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnicki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme, E. G. m. b. H., in Elbing.

Allgemeine Umsatzsteuer.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Stadtkreis Elbing aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Kalenderjahre 1919 bis spätestens Ende Januar 1920 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle (Zimmer 31 im Rathaus) mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb. Die Pflicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet.

Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich. Dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig — also spätestens bis Ende Januar 1920 — abgibt, kann ein Zuschlag bis zu 10 Prozent der endgültig festgestellten Steuer auferlegt werden.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können von dem unterzeichneten Umsatzsteueramt (Rathaus Zimmer 31) kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Umsatzsteueramt.

Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Stadtkreis Elbing aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Monat Dezember 1919 bis spätestens Ende Januar 1920 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle (Rathaus, Zimmer 31) mündlich zu machen.

Die Steuerpflicht erstreckt sich nicht auf Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.).

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände unterliegen auch diejenigen Personen usw., bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich. Dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, kann ein Zuschlag bis zu 10 Prozent der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht, und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt (Rathaus, Zimmer 31) kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind. Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Diese Aufforderung wird nicht allmonatlich wiederholt, die Steuerpflichtigen haben vielmehr künftig die Erklärung über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte jeden Monat im Laufe des ihm folgenden Kalendermonats unaufgefordert abzugeben.

Elbing, den 20. Dezember 1919.

Der Magistrat. — Umsatzsteueramt.

Ein dreifach-donnerndes Hoch

unserm Geburtstagskinde

Ernst Kinder

dah die Sonnenstrahlen wiggelt und wackelt, rufen ihm viele durstige Rehen zu.

Weihnachten 1919.

Schulgelderhöhung an den städt. höheren Lehranstalten.

Für einheimische Schüler werden vom 1. Januar 1920 ab folgende erhöhten Schulgeldsätze erhoben.

- A. **Realgymnasium mit Realschule:**
 in den 3 Oberklassen je 220.— Mk. jährlich
 in den Mittel- und Unter-
 " Klassen je 200.— " "
 in den Vorschulklassen je 160.— " "
- B. **Oberlyzeum mit Lyzeum:**
 im Oberlyzeum, S.-Klasse und
 Frauenschule je 220.— Mk. jährlich
 in den Ober- und Mittelstufen
 des Lyzeums Klasse 1—7 je 200.— " "
 in den Unterstufen Klasse 8—10
 je 160.— " "

Das Eintrittsgeld ist in beiden Anstalten von 3 Mk. auf 6 Mk. erhöht.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist ferner für auswärtige Schüler und Schülerinnen in beiden Anstalten zu den Sätzen von 220.— Mk. ein Zuschlag von 30.— Mk. und zu den Sätzen von 200.— Mk. und 160.— Mk. ein Zuschlag von 20.— Mk. zu zahlen.

Elbing, den 23. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Baumgart-Höhe u. Umgegend

Sonntag, den 28. d. Mts., nachm. 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

Redner: Genosse Grunwald.

Thema: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeiterschaft“.

Zahlreichen Besuch erwarten die Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) im Volkshaus

Weihnachtsfeier

bestehend aus

Konzert, Theater und Tanz.

Eintritt 1.— Mk. :: Anfang 4 Uhr.

Georgenhöhe.

1. und 2. Weihnachtsfeiertag:

Gr. Konzert, Weihnachtsfeier, humor. Unterhaltung und Tanz am 2. Feiertag.

Gasthaus „Legon“

Am 1. Feiertag: Große Weihnachtsfeier.

2. Feiertag: Großes Tanzfränzchen.

Fleischauers Saal- und Gastwirtschaft.

2. Feiertag: Gr. Weihnachtsfeier.

Restaurant „Zur Theaterhalle“

(am Stadttheater)

empfiehlt seine Räumlichkeiten zum gemütlichen Aufenthalt.

Moderne Tanzkunst

Beginn eines neuen Tanzkursus auch für

Kausleute und Seminaristen

am Dienstag, den 6. Januar

im oberen Saale des „Goldenen Löwen“.

Gelahrt werden außer den üblichen Gesellschaftstänzen Two-step, One-step, Boston, Fox-Trott u. a.

Anmeldungen hierzu bei

Frau Gertrud Zizow, Lehrerin modern. Tanzkunst,

Fischerstr. 37, III.

(Eingang „Enge Gasse“) und im Unterrichts-

lokal bei Herrn Penquitt, „Goldener Löwe“.

Briefpapier, lose und in

Schreibzeuge in Glas, Metall und Holz

kompl. Schreibgarnituren

Löcher in Holz und Glas

Füllfederhalter, Aktentaschen

Brief- und Geldscheintaschen

Portemonnaies für Damen und Herren

Schreibmappen, Schreibunterlagen

Photographie-, Postkarten- u. Poesie-Alben

Petschäfte, Siegelack, Tornister,

Schulmappen, Tafeln, Federkasten

Bilderbücher, Märchenbücher

Unterhaltungsspiele — Typen-Druckereien

Abreib- und Umiegekalender

Christbaumschmuck in gestanzter Pappe

G.W. Petersen, Elbing Alter Markt 33 Fernruf 846

Stadttheater Elbing

Direktion: Max Spiess.

Donnerstag, den 25. Dezbr.,

nachmittags 3 Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haaf.

Donnerstag, den 25. Dezbr.,

abends 7 Uhr:

Die schöne Helena

Operette in 3 Akten von Offenbach.

Freitag, den 26. Dezember,

nachmittags 3 Uhr:

Die Fledermaus

Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.

Freitag, den 26. Dezember,

abends 7 Uhr:

Die schöne Helena

Operette in 3 Akten von Offenbach.

Sonnabend, den 27. Dezbr.,

nachmittags 3 Uhr:

Der gestiefelte Kater.

Gr. Weihnachtsmärchen mit Tanz in 5 Bildern für die Bühne bearbeitet von Siegmund Haaf.

Sonnabend, den 27. Dezbr.,

abends 7 Uhr:

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von E. Kálmán.

Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut

VON

Johann Kaiser, Tischlermeister

Friedrichstraße 3, Eingang Heil. Geiststraße, Telefon 1038

empfiehlt sein Lager in

Särgen nebst Ausstattungen

von den einfachsten bis zu den elegantesten

zu angemessenen Preisen.

Eigene Leichenwagen und Träger.

Erstklassig und billig

werden

Damen- und Herren-Garderoben Stoffe, Decken, Vorhänge usw.

nur unter gediegener, fachmännischer Leitung

in allen Farben gefärbt und

tadellos wie neu gereinigt

M. Guske Nachf. Inhaber: Carl Gilberts

1. Hauptgeschäft: Kettenbrunnenstr. 15

2. Laden: Inn. Mühiendam 36

3. Annahme: Leichnamstraße.

Bitte genau auf die Firma zu achten:

M. Guske Nachf. Inhaber: Carl Gilberts.

Telephon Nr. 929.

Drucksachen

in nur geschmackvoller

sauberster und moderner

Ausführung bei kürzester

Lieferfrist fertigt billigst

Buchdruckerei

Elbinger Volksstimme

Fernruf No. 1071 · ELBING · Spieringstr. 21

Kostenanschläge und Auskünfte auf Wunsch jederzeit bereitwillig

Brennholz

Buchen, Birken und Kiefern, geschnitten und

waggonweise, bietet zur sofortigen Lieferung an

Chemische Fabrik Carl Warm

Auß. Marienburgerdamm 8.

Fernruf 610.

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfiehlt

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen.

Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette

verbürgt beste Qualität u. sauberste Füllung.

Soxleth's Nährzucker

Ramogen

Sebertran-Emulsion

Ovomaltine.

Natzaapotheke

Schmiedestr. 3.

Hämorrhoiden

heilt „Hämorrhoiden“. Bro-

schüre m. ärztl. Gutachten

u. vielen Dankschr. gratis.

Reichert'sche Apotheke, Elbing 9